

## **Breitbandausbau erneut größte Investition**

*Zuführung zum Vermögenshaushalt geschrumpft – Kein Höfebonusprogramm für Breitbandausbau*

Nach 2017 ist auch 2018 der Breitbandausbau der größte Investitionsposten im Gemeindehaushalt. Für die zweite Ausbaustufe wurden 488.000 Euro veranschlagt. 2017 begonnene Maßnahmen wie der Bau eines Nachklärbeckens und der Gehwegbau im Kirchemumfeld werden abgeschlossen und abgerechnet. Nachdem der Gehwegbau in Oberauerbach auf 2019 verschoben wurde, sind 2018 keine neuen Maßnahmen geplant.

Geschäftsleiter Robert Alfery machte deutlich, dass es sich nicht um den Haushalt des Kämmers handelt, sondern um den der Gemeinde. Der Kämmerer könne nur zusammenstellen, was das Gremium plane und beschließe. Dementsprechend brachten sich die Gemeinderäte in die Haushaltsberatung ein. Einstimmig wurden der Haushaltsplan und der Finanzplan 2019 bis 2021 beschlossen.

Das Gesamtvolumen des Haushalts beträgt 5.908.392 Mio. Mit 3.454.892 Euro übersteigt der Verwaltungshaushalt den des Vorjahres um 215.730 und hat erneut eine Höchstmarke erreicht. Zum Haushaltsausgleich ist eine Rücklagenentnahme von 1.193.627 Euro eingeplant. Eine Kreditaufnahme ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Auerbach ist seit 2010 schuldenfrei. Die Hebesätze bleiben unverändert bei 350 v.H. für die Grundsteuer A, 320 v.H. für die Grundsteuer B und 330 v.H. für die Gewerbesteuer. Aufgrund der sehr guten Steuerkraft verringert sich die Schlüsselzuweisung gegenüber dem Vorjahr um 99.720 Euro und beträgt nur noch 279.072 Euro. Die Kreisumlage steigt gegenüber dem Vorjahr um knapp 77.244 Euro auf 951.200 Euro. Außerdem sind im Verwaltungshaushalt 60.000 Euro für die Überarbeitung des Flächennutzungsplans eingeplant. Damit schrumpft die Zuführung zum Vermögenshaushalt auf nur mehr 248.873 Euro.

Die größten Ausgabenposten des Verwaltungshaushalts sind neben der Kreisumlage die Personalkosten mit 675.961 Euro, die Schulverbandsumlage zur Mittelschule Hengersberg (136.000 Euro), die Gewerbesteuerumlage (150.000 Euro), die Betriebskostenförderung für Kindergärten (403.000 Euro), die Wasserversorgung (210.000 Euro) und die Abwasserbeseitigung 170.000 Euro.

Die größten Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt sind der Einkommensteueranteil (1,2 Mio. Euro), die Gewerbesteuer (700.000 Euro), die Grundsteuer A und B (158.000 Euro), die Einkommensteuerersatzleistung (89.000 Euro), die Konzessionsabgabe (50.000 Euro) und der Straßenunterhaltungszuschuss (49.000 Euro). Die Einnahmen aus Wasserverbrauchsgebühren sind mit 210.000 Euro veranschlagt, die Kanalbenutzungsgebühren mit 138.000 Euro. Auf 233.000 Euro beläuft sich der Ansatz für die Betriebskostenförderung des Staates für den Kindergarten.

Neben dem Breitbandausbau (488.000 Euro) sind im Vermögenshaushalt für das Nachklärbecken in der Kläranlage Auerbach 120.000 Euro und die Gehweggestaltung im Umfeld der Pfarrkirche 55.000 Euro veranschlagt. Für Straßensanierungen sind 200.000 Euro eingeplant. Auch für Grunderwerb wurden ausreichend Ansätze gebildet, um bei Bedarf handlungsfähig zu sein.

Einnahmen im Vermögenshaushalt sind veranschlagt für Zuschüsse für den Gehwegbau in Loh (170.000 Euro), Breitbandausbau (407.000 Euro), Neugestaltung der Wege im Kirchemumfeld (108.000 Euro) und den Krippenbau (20.000 Euro). Aus dem Verkauf von Baugrundstücke wird mit 150.000 Euro gerechnet, die Investitionspauschale des Freistaates beträgt 110.000 Euro.

Die Erlen am Oberauerbach in der Unternbacher Straße waren kaputt und mussten beseitigt werden. Bürgermeister Gerhard Strasser hätte dort gerne wieder eine Baumpflanzung vorgenommen. Nach vorheriger Ortseinsicht konnte sich der Gemeinderat damit nicht anfreunden, weil kein ausreichender Abstand zur Gemeindestraße vorhanden sei. Man will abwarten, ob und was sich von selber am Bach entwickelt.

Geschäftsleiter Alfery informierte, dass das Höfebonus-Programm des Freistaates für den Breitbandausbau in der Gemeinde nicht zum Tragen kommen wird. Bei der Bedarfserkundung habe sich herausgestellt, dass alle Anwesen in der Gemeinde mit mindestens 30 M/Bits versorgt sind. Damit bestehe kein Förderanspruch.

GR Rolf Sterr regte die Anbringung eines Freiwillig-Tempo-30-Schildes eingangs der Abt-Konrad-Straße bei der Abzweigung von der Kreisstraße an, da dort viel zu schnell gefahren werde. Die Straßenlampe dort würde sich hierfür anbieten. Bürgermeister Strasser und der Gemeinderat zeigten sich damit einverstanden.

Das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde dem Antrag von Petra Kraus auf Verlängerung der Baugenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses in Obernbach sowie dem Antrag auf Vorbescheid von Georg Weber aus Hinterherberg zum Bau eines Milchviehstalles als Laufstall, Umnutzung des bisherigen Anbindestalles zu einer Maschinenhalle, Umnutzung des Betriebsleiterhauses in ein Austragshaus und Bau eines Wohnhauses als Betriebsleiterhaus.